Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 142 | Mittwoch, den 25. Mai | Jahrgang 1927

Baldwin fordert Abbruch der Beziehungen zu Rußland.

Die Aktion gegen den Bolschewismus.

Man behauptet nicht zu viel, wenn man sagt, daß mit dem schweren Konflikt zwischen England und Rußland die Weltpolitik der Nachkriegszeit in einen neuen Abschnitt einmündet. Die namentlich seit der Begründung des Völkerbundes so und so oft angekündigte Befriedung der Welt ist durch den nunmehr wohl unabwendbar gewordenen Bruch zwischen London und Moskau neuerdings wieder in ungreifbare Ferne gerückt.

Wenn der englisch-russische Konflikt diese scharfe Zuspitzung erfuhr, so hat dies seinen Hauptgrund zweifellos darin, daß sich Großbritannien in eine immer nervösere Angst vor der bolschewistischen Propaganda hineinlebte. Aus dieser „Bolschewistenpsychose" glaubt jetzt das englische Kabinett in einem völligen Bruch mit Sowjetrußland ein kleineres Uebel sehen zu sollen als in einer weiteren Duldung des Zustandes, von dem man — ob mit Recht oder mit Unrecht, sei dahingestellt — eine Gefährdung für den Zusammenhalt des britischen Imperiums befürchtet. Daß dem englischen Kabinett seine Entscheidung nicht leicht fiel, geht deutlich aus einer Darstellung des „Daily Expreß" hervor. Der Entschluß des Kabinetts, so schreibt das Blatt, sei nicht allein auf Grund des Ergebnisses der Durchsuchung der „Arcos", sondern vor allen Dingen auf Grund der seit Jahren von Sowjetrußland gegen England betriebenen Propaganda zustande gekommen. Das Auswärtige Amt habe auch eine überzeugende Liste von Vertragsbrüchen, die sich Rußland habe zu Schulden kommen lassen, zusammengestellt und diese Vertragsbrüche würden in der Note an die Sowjetregierung aufgezählt werden. Außenminister Chamberlain sei bis zum letzten Augenblick gegen einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen gewesen. Er habe den Standpunkt vertreten, daß die Sowjetpropaganda aufhören werde und daß ein Abbruch der Beziehungen und die Kündigung des englisch-russischen Handelsübereinkommens nur eine englandfeindlichere Stimmung als bisher in Moskau zur Folge haben würde, was für England unangenehmer sein müsse als die bolschewistische Propaganda. Erst im Laufe der Kabinettssitzung sei Chamberlain davon überzeugt worden, daß die englandfeindliche bolschewistische Aktivität ihre Grenzen erreicht habe und daß er sich nicht länger gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der konservativen Partei sträuben könne.

So ist der Beschluß zustande gekommen, nach Zustimmung des Unterhauses alle Beziehungen zu Rußland abzubrechen. Und auch die Unterhausrede des Ministerpräsidenten Baldwin kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die englisch-russische Krisis in allererster Linie auf innenpolitischem Boden entstanden ist, daß sie für die Engländer eine Reinigungsaktion ist. Baldwins Anklagerede liefert den erneuten Beweis dafür, daß die Bolschewisten sich in die innerenglischen Verhältnisse in einer Weise eingemischt haben, die auf englischer Seite aus außenpolitischen Gründen ein Maß von Geduld erforderte, wie es sicher nicht in allen Ländern vorhanden gewesen wäre. Die Rede läßt ferner die Geldschrankknackerei im Arcos-Gebäude als durchaus nicht unberechtigt erscheinen.

Daß das Unterhaus mit seiner großen konservativen Mehrheit den Standpunkt der Regierung teilen und ihr am Donnerstag die Zustimmung zu dem Abbruch der Beziehungen aussprechen wird, darf man als sicher annehmen. Natürlich fehlt es auch in England selbst nicht an besorgten Stimmen, die den vom britischen Kabinett geplanten Schritt als sehr bedenklich erklären. So fragt z. B. die liberale „Daily News" die Regierung, welche Vorteile sie sich eigentlich von der in Aussicht genommenen diplomatischen Kriegserklärung in Sowjetrußland verspreche. Zweifellos sei dies eine Geste, die vielen Leuten sehr angenehm sein werde. Könne sich aber England den Luxus einer Geste leisten, die wesentliche nationale Interessen auf das Spiel setze? Der praktische Erfolg des offiziellen Abbruches der englisch-russischen Beziehungen werde nur eine Verschärfung der englandfeindlichen russischen Propaganda in allen Teilen der Welt sein.

Auch in der Londoner City ist man begreiflicherweise von der neuen Wendung der Dinge nicht durchweg sehr erbaut, weil man sich vor allem die schweren Folgen vor Augen hält, die ein Abbruch der Handelsverbindungen heraufbeschwört. Zweifellos werden darum aus handelspolitischen Gründen in der entscheidenden Unterhaussitzung am Donnerstag manche Stimmen vor einem völligen Abbruch warnen.

Aber diese Stimmen werden Rufe in der Wüste bleiben, auf die die Mehrheit nicht hört. Und auch die scharfe Opposition der Arbeiterpartei gegen die Rußlandpolitik der Regierung wird auf die Konservativen ebenso wenig Eindruck machen, wie sie auch durch die Empörung der Gewerkschaften über die Gewerkschaftsbill sich nicht beirren lassen. Im übrigen hat die britische Regierung schon vor drei Monaten eine sehr ernste Warnung nach Moskau gerichtet, die aber dort auf die leichte Schulter genommen worden ist und den Drahtziehern des Kommunismus keine Veranlassung gegeben hat, die Propaganda bolschewistischer Ideen in England einzustellen. In der britischen Note, die im Februar an die Sowjetregierung gesandt wurde, heißt es wörtlich: „Die britische Regierung hält es für nötig, mit allem denkbarem Nachdruck die Sowjetregierung warnend darauf hinzuweisen, daß es Grenzen gibt für das, was der Volksstimmung in England zugemutet werden kann, und daß, falls die Mißstände nicht aufhören, über die obenstehend Klage geführt worden ist, die Annullierung des Handelsabkommens, dessen Bestimmungen in derart flagranter Weise verletzt worden sind, und sogar auch der Abbruch der laufenden diplomatischen Beziehungen unvermeidlich wird." Was damals angedroht wurde, soll jetzt wahrgemacht werden. Baldwin nahm auf diese Stelle der damaligen Note in seiner Rede ausdrücklich Bezug.

Nicht ohne Interesse wird die Haltung sein, die Frankreich gegenüber der englisch-russischen Spannung einnimmt. Es ist nicht anzunehmen, daß Briand um der schönen Augen Chamberlains willen ohne weiteres bereit sein wird, sich gleichfalls in einen offenen Konflikt mit Rußland hineinmanövrieren zu lassen. Jedenfalls ist die Geschäftigkeit bemerkenswert, mit der der russische Außenminister Tschitscherin in Paris am Werke ist, um Frankreich davon abzuhalten, den von England beabsichtigten Schritt mitzumachen.

Was schließlich Deutschland anbetrifft, so genügt die einfache und selbstverständliche Feststellung, daß es mit dem ganzen englisch-russischen Konflikt nichts zu tun hat und darum auch sich durch die handelspolitische und diplomatische „Kriegserklärung" Englands an Rußland nicht von der Linie seiner bisherigen Politik abbringen lassen wird. Mit anderen Worten: Deutschland wird unverrückbar am Grundsatz absoluter Neutralität festhalten. England wird klug genug sein, diese Haltung Deutschlands nicht als Grund für eine Trübung der deutsch-englischen Beziehungen maßgebend sein zu lassen.

Der Beschluß des britischen Kabinetts.

Die Zustimmung des englischen Unterhauses sicher.

)(London, 24. Mai.

Ministerpräsident Baldwin gab heute in seiner großen Unterhausrede den Beschluß des britischen Kabinetts über den Abbruch der Beziehungen der englischen Regierung zu Rußland bekannt. Danach soll das Handelsabkommen mit Sowjetrußland mit sofortiger Wirkung für beendet erklärt und die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland abgebrochen werden. Gleichzeitig soll die britische Mission in Moskau abberufen werden. Die Entscheidung der Regierung ist nur an den Vorbehalt der Zustimmung des Unterhauses geknüpft, die jedoch bei den Mehrheitsverhältnissen kaum zweifelhaft sein dürfte. Dem russischen Geschäftsträger dürften die Pässe schnellstens zugestellt werden. Das Personal der russischen Botschaft und der Handelsdelegation soll bereits abreisefertig sein.

*

Baldwins Anklagen gegen Rußland.

÷ London, 24. Mai.

Wohl selten ist eine Erklärung des Premierministers Baldwin mit solcher Spannung erwartet worden wie seine heutige Rede über die Beziehungen zu Rußland. Der Sitzungssaal, die Diplomatenlogen und die Galerien des Unterhauses waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Als der Sprecher kurz vor 3 Uhr seinen Sitz einnahm, war das diplomatische Korps bis auf den russischen Geschäftsträger vollständig vertreten.

Vor der Regierungserklärung wurden zunächst mehrere kleinere Anfragen beantwortet. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Thurtle, der Auskunft verlangte, ob der Kriegsminister sagen könnte wie lange das Dokument, nach dem bei der Arcos gesucht wurde, im Kriegsministerium vermißt worden sei, erwiderte Sir Evans, daß es nicht im öffentlichen Interesse liegen würde, darüber eine Information zu geben. Der Redner ließ sich jedoch nicht beirren und stellte folgende Frage: „Ist dieses Dokument ein wirklich physisches Instrument, oder ein Erzeugnis der Einbildung?" Auf Seiten der Opposition wurden lebhafte Beifallsrufe laut, die eine Antwort verlangten.

Während der Fragezeit betrat Ministerpräsident Baldwin unter dem anhaltenden Beifall der Regierungsanhänger das Haus. Kennworthy stellte eine Frage über das Fehlen einer Reihe von Briefen, die an den Vorsitzenden der russischen Handelsdelegation während der Arcosdurchsuchung gerichtet waren. Der Innenminister erwiderte, daß keine eingelaufenen Briefe geöffnet worden seien. Gewisse Briefe, die in den Safes der Arcos gefunden wurden, seien geöffnet und später durch einen Beamten zur Weiterleitung nach Rußland übergeben worden.

Hierauf nahm Ministerpräsident Baldwin das Wort. Er führte aus, daß seit vielen Monaten die Polizei in engster Zusammenarbeit mit den Militärbehörden die Aktivität einer Gruppe von Geheimagenten untersucht habe, die damit beschäftigt gewesen sei, selbst vertrauliche Dokumente in ihren Besitz zu bringen, die Bezug hatten auf die bewaffneten Streitkräfte Großbritanniens. Nach eingegangenen Informationen und auf Grund des erlangten Beweismaterials im Verlaufe der Beobachtungen sei es in zunehmendem Maße schwierig geworden, dem Schluß zu widerstehen, daß die Agenten im Auftrage der sowjetrussischen Regierung arbeiteten und daß sie ihre Instruktionen von Mitgliedern der Handelsdelegation im russischen Botschaftsgebäude erlangt hätten, die für die Uebermittelung von Dokumenten und Photographien oder von Durchschlägen der in ihren Besitz gelangten Dokumente gesorgt hätten. Dieser Argwohn sei bestätigt worden, als Anfang dieses Jahres ein britischer Untertan, der bei den britischen Luftstreitkräften beschäftigt war, wegen Diebstahls zweier solcher Dokumente verurteilt worden war. Die Dokumente seien wieder herbeigeschafft worden, und das belastete Individuum befinde sich zur Zeit noch im Gefängnis. Die Organisation, in deren Auftrage der Mann die Dokumente erhalten habe, sei bekannt. Ihre Verbindung mit einer ähnlichen russischen Organisation sei erwiesen. Ein weiteres Dokument höchst vertraulichen Charakters, das mit einem entsprechenden Vermerk versehen war, sei kürzlich als vermißt gemeldet worden. Auf Grund von Informationen, die von dokumentarischen Beweisen unterstützt wurden, sei es klar geworden, daß dieses Dokument nach den sowjetrussischen Gebäuden gebracht und dort in einem mit photographischen Apparaten versehenen Raum reproduziert wurde. Auf Grund dieser Informationen sei der Auftrag für die Ausstellung des Durchsuchungsbefehls gebilligt und am 12. Mai ausgeführt worden. Besonders hierfür ernannte Polizeioffiziere hätten sich bei der Durchsuchung in den oben angeführten Raum begeben. Dort habe man einen älteren Angestellten namens Anton Müller (nach einer anderen Meldung hat er den englischen Namen Miller. Die Red.) gefunden, der als eine der Personen bekannt war, die mit dem Geheimagenten in Zusammenhang standen. Der unterirdische photographische Raum habe genau mit den Beschreibungen übereingestimmt, die vorher der Polizei gegeben worden waren. Weiter habe man in dem Raum einen Angestellten namens Kohling (nach einer andern Meldung schreibt er sich Cooling) getroffen. Bei diesem habe man eine Reihe von verschlossenen Briefen gefunden, deren Adressaten bekannte Kommunisten und kommunistische Organisationen in England und Amerika waren. Diese Briefe hätten Informationen und Richtlinien der Moskauer Internationale und der Arbeitergewerkschaften an kommunistische Organisationen in England und Amerika und an die nationale Minderheitenbewegung enthalten. Es habe sich herausgestellt, daß das Büro der Arcos und der Handelsdelegation gewohnheitsmäßig gebraucht worden sei als ein Clearinghouse für wühlerische Korrespondenzen. Die Korrespondenz habe sich u. a. auf die Vereinigung der Seeleute, auf die chinesische Freiheitsbewegung, auf die Organisation für die Bekämpfung der Gewerkschaftsvorlage und die Organisation für die Verbreitung kommunistischer Propaganda in Amerika bezogen.

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen schildert Baldwin, wie die Polizei den Raum Müllers erbrach und dort Müller selbst bei der Verbrennung von Dokumenten antraf. Als die Polizei sich der Papiere zu bemächtigen versuchte, entstand ein Handgemenge, in dessen Verlauf ein Schriftstück zur Erde fiel. Es enthielt eine Liste geheimer Deckadressen, die Bezug hatten auf Adressen für die Verbindung mit den Kommunistischen Parteien in Ländern verschiedener Erdteile. Es ist durch die Funde genügend bewiesen, daß unter der direkten Kontrolle der Sowjetbehörde ein System bestand, wodurch revolutionäre Dokumente von russischen Organisationen geheim an kommunistische Agitatoren in England und anderwärts befördert wurden.

Zusammenfassend stellte Baldwin fest, daß das Beweismaterial dartue, daß vom Sowjethaus aus sowohl Militärspionage, als auch Revolutionspropaganda im ganzen Britischen Reich und in Nord- und Südamerika betrieben worden sei. Ein Unterschied zwischen den Mitgliedern der Handelsdelegation und den Angestellten der Arcos habe praktisch nicht bestanden. Die Sowjetregierung könne sich der Verantwortung für den Mißbrauch der ihr gewährten Rechte nicht entziehen. Baldwin legte dar, daß durch diese Machenschaften die feierlichen Verpflichtungen der Sowjetregierung, sich feindseliger Handlungen und jeder Propaganda gegen die öffentlichen Einrichtungen zu enthalten, gebrochen worden seien. Ferner habe die Regierung den Beweis in Händen, daß Borodin keineswegs als Privatmann in China tätig sei, sondern direkte Befehle von Moskau erhalte. Baldwin verlas ein Moskauer Telegramm, in dem die diesbezüglichen Anweisungen über die Tätigkeit Borodins gegeben werden. Die Ableugnung jeder Verantwortlichkeit für Borodins Betätigung, wie sie der Sowjetgeschäftsträger in London und Litwinow in Moskau vorgebracht hätten, sei somit unwahr und lediglich darauf berechnet gewesen, die Britische Regierung und die britische Oeffentlichkeit zu täuschen, während Borodin tatsächlich seine englandfeindliche Tätigkeit als Agent der Sowjetregierung betrieben habe.

Weiterhin verlas Baldwin ein Telegramm des Sowjet-Geschäftsträgers an die Moskauer Regierung, das etwa fünf Wochen nach der englischen Warnungsnote vom 23. Februar abgegangen ist. In ihm wird Nachrichtenmaterial über die Vorgänge in China angefordert mit dem Zwecke, die englischen Darstellungen in der Oeffentlichkeit zu widerlegen. Ferner fordert der russische Geschäftsträger eine Botschaft der Gewerkschaften von Schanghai an den Präsidenten des Generalrates des britischen Gewerkschaftskongresses, in der gegen die englischen Militärmaßnahmen in China Einspruch erhoben und ein Appell an die britischen Gewerkschaften gerichtet wird.

Baldwin sagte zum Schluß, das Haus wird beachten, daß der Sowjetvertreter Informationen zum Zwecke eines politischen Feldzuges in England vorschlug. Angesichts dieser Verletzungen des Handelsabkommens und der internationalen Möglichkeit hat die Regierung eine Geduld und eine Ausdauer gezeigt, die wahrscheinlich in internationaler Beziehung ihresgleichen nicht hat. Diplomatische Beziehungen, wenn sie in solcher überlegter Weise und systematisch mißbraucht worden, sind in sich selbst eine Gefahr für den Frieden und S. M. Regierung hat daher beschlossen, daß sie außer wenn das Unterhaus am Donnerstag sich nicht damit zufrieden erklärt, das Handelsabkommen beenden wird, die Zurückziehung der Handelsdelegation und der Sowjetmission aus London fordern und die britische Mission aus Moskau abberufen wird. Der gesetzmäßige Gebrauch der Arcos wird durch diese Entscheidung nicht berührt und die Regierung ist bereit, alle notwendigen Vorkehrungen für gewöhnliche Handelserleichterungen zwischen den beiden Ländern zu treffen.

Nachdem Baldwin geendet hatte, fragte Clynes, ob beabsichtigt wäre, vor der Debatte am Donnerstag weiteres Material zu veröffentlichen. Baldwin erwiderte, er habe alles Material bekanntgegeben, das er im Hinblick auf die Debatte am Donnerstag geben konnte. Lloyd Georges wies auf die vom Premierminister zitierten Schriftstücke hin und sagte, sie sollten veröffentlicht werden. Baldwin versprach, daß sie ausführlich wiedergegeben werden sollten. Kennworthy (Arbeiterpartei) sagte, es sei ihm nicht klar, wie nach einem Vorgehen, das auf den Abbruch der Beziehungen hinauskomme, England noch Geschäfte mit Rußland würde tätigen können. Baldwin erwiderte, diese Frage sowie alle anderen können am Donnerstag erörtert werden.

Zu einem Tumult kam es, als der Abg. Samuel fragte, ob das Unterhaus gern wissen möchte, ob die Oppositionsführer die sowjetrussische Regierung im Unterhaus repräsentierten. Der Redner erhielt vom Sprecher eine Verwarnung.

Ramsey Macdonald, der soeben aus Amerika zurückgekehrt ist, traf kurz vor 6 Uhr abends im Unterhaus ein. Die endgültigen Beschlüsse der Arbeiterpartei werden morgen in einer Parteivollsitzung gefaßt werden. Man erwartet, daß sich Macdonald an der Debatte am Donnerstag beteiligen wird.

Italien von Englands Schritt schon am Montag verständigt.

A Mailand, 24. Mai. Der „Corriere della Sera" veröffentlicht ein Telegramm, wonach Chamberlain dem italienischen Botschafter in London am Montag abend persönlich den Beschluß der englischen Regierung mitgeteilt habe, nicht nur das Handelsabkommen mit Sowjetrußland zu kündigen, sondern auch die diplomatischen Beziehungen mit Moskau abzubrechen.

Tschitscherin bei Briand.

Paris, 24. Mai. Minister des Aeußern, Briand, hat heute den Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, und den Sowjetbotschafter in Paris empfangen. Die Unterredung dauerte eine Stunde. Beim Verlassen des Quai d'Orsay weigerte sich Tschitscherin, irgend eine Erklärung abzugeben.

Der Botschafter Rakowski hob hervor, daß Tschitscherin seit Wochen sich auf Urlaub in Frankreich befinde, und daß er nicht in der Lage ist, sich zu den aktuellen politischen Fragen zu äußern.

In französischen Kreisen wird dem Besuch Tschitscherins gerade an dem Tage, an dem die Londoner Regierung nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abbrechen will, besondere Beachtung beigemessen. Man glaubt, daß Tschitscherin bemüht gewesen ist, bei Briand eine dahingehende Zusicherung zu erlangen, daß Frankreich Englands Politik Rußland gegenüber nicht durch ähnliche Schritte unterstützen werde, da Tschitscherin bekanntlich auf einen Ausbau der russisch-französischen Beziehungen den größten Wert legt.

◇ Paris, 24. Mai. Von unterrichteter französischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Unterredung zwischen Briand und Tschitscherin kein neues Moment in die französisch-russischen Beziehungen hineingetragen hat. Die zwischen Rußland und Frankreich schwebenden Verhandlungen, die seit längerer Zeit ruhen, sollen demnächst wieder beginnen. Von unterrichteter Seite sind neue Vorschläge in Aussicht gestellt worden. An maßgebender französischer Seite bedauert man es, daß diese Vorschläge so spät gekommen, und zwar erst nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland. So könnte sehr leicht der Eindruck erweckt werden, als würde durch die neuen französisch-russischen Verhandlungen ein Gegensatz zwischen der englischen und der französischen Politik hervorgerufen werden, der tatsächlich nicht besteht. Wenn Frankreich sich Sowjetrußland gegenüber anders einstellt als England dies tut, so sind hierfür nur rein französische Gesichtspunkte maßgebend.

● Paris, 24. Mai. Der diplomatische Redakteur der Havas-Agentur glaubt mitteilen zu können, daß aus den Unterredungen, die Volkskommissar Tschitscherin heute vormittag mit Ministerpräsident Poincaré und Außenminister Briand gehabt hat, denen er heute vormittag Besuche abstattete, sich ergebe, daß die französische Regierung bis jetzt keine Veranlassung habe, eine Aenderung der offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland ins Auge zu fassen, und daß sie eine derartige Initiative nur ergreifen könne, wenn neue Umstände es ihr aufzwängen.

*

Amerika zu Englands Rußlandpolitik.

△ Newyork, 24. Mai. In Washingtoner Kreisen ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Englands zu Rußland mit großem Interesse verfolgt worden. Staatssekretär Kellogg hat erklärt, daß das englische Vorgehen in jeder Beziehung die amerikanische Politik gegenüber Rußland rechtfertige, die ganz einfach darin bestände, daß Rußland nicht anerkannt würde.

Die Reform der Beamtenbesoldung.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 24. Mai. (Drahtber.)

Seit mehreren Wochen werden allerhand tendenziöse Meldungen in die Welt gesetzt, die wissen wollen, daß bereits binnen kurzer Frist eine Erhöhung der Beamtenbesoldung eintreten werde. Die letzte dieser Nachrichten behauptet, daß das Reichsfinanzministerium den Entwurf über die Frage der Erhöhung der Beamtengehälter schon ausgearbeitet habe. Diese Behauptung ist, wie wir von maßgebender Seite erfahren, falsch. Tatsache ist lediglich, daß die geplante Reform der Beamtenbesoldung zur Zeit im Reichsfinanzministerium durchgearbeitet wird und daß der Entwurf dem Kabinett zu gegebener Zeit später zugehen wird. Der Reichsfinanzminister beabsichtigt, nicht nur eine automatische Erhöhung der jetzigen Gehaltssätze eintreten zu lassen, sondern er will eine gründlichere Reform des Besoldungswesens vornehmen. Das bedeutet, daß sämtliche Besoldungsgruppen genau überprüft werden, damit evtl. Umgruppierungen, Neueinstufungen oder auch andere Gruppeneinteilungen vorgenommen werden können. Erst diese Ueberprüfung wird ergeben, ob auch in den Ortsklassen Veränderungen eintreten sollen. Jedenfalls soll sich die Besoldungserhöhung über alle Beamtengruppen erstrecken und nicht nur die unteren Gruppen umfassen.

Die Aufbringung der Mittel für eine Besoldungserhöhung der Beamtenbezüge ist übrigens noch völlig ungeklärt, vor allem auch deshalb, weil dabei auf die Finanzverhältnisse der Länder und Gemeinden Rücksicht genommen werden muß. Der Reichsfinanzminister will unter allen Umständen vermeiden, dem Reichstag einen Nachtragsetat zugehen zu lassen. Gerüchte über den Plan, eine Auslandsanleihe aufzunehmen, um Mittel für die Beamtenbesoldung zu beschaffen, werden von zuständiger Stelle scharf zurückgewiesen. An der Börse sind in den letzten Tagen verschiedentlich Ausstreuungen aufgetaucht, einige Großbanken hätten vom Reichsfinanzministerium den Auftrag erhalten, Sondierungen anzustellen, ob die Möglichkeit bestände, eine derartige Anleihe in den Vereinigten Staaten unterzubringen. Diese Gerüchte entbehren jeder tatsächlichen Grundlage. Im übrigen dürfte es dem einfachsten Finanztheoretiker bekannt sein, daß laufende Ausgaben, wie sie durch eine Besoldungsreform entstehen, nur durch laufende innere Einnahmen gedeckt werden können. Es liegt im Interesse der Beamtenschaft, die Situation durch Falschmeldungen nicht komplizierter zu machen, als sie in der Tatsache ist.

Raummangel bei den Reichsministerien.

v Berlin, 24. Mai. (Drahtb. unserer Berliner Redaktion.) Das längst erledigte Projekt „Der Kaiserhof" ist wieder einmal aus der Versenkung aufgetaucht. So wurde in einem Teil der Presse die Vermutung geäußert, daß das Reichsfinanzministerium sich von neuem mit dem Gedanken trage, einem Ankauf des Kaiserhofes nahezutreten. Diese Meldung ist unzutreffend. Richtig ist nur, daß gewisse Raumschwierigkeiten in einzelnen Ministerien bestehen. Diese Frage ist Gegenstand der Unterredung gewesen, die kürzlich zwischen Reichsfinanzminister Dr. Köhler und dem preußischen Ministerpräsidenten Braun stattgefunden hat. Es hat sich dabei hauptsächlich um die Aufgabe des früheren preußischen Kriegsministeriums gehandelt. Das Reichswehrministerium unterhält dort noch Dienststellen. Es kann sie nicht zurückziehen, weil es nicht weiß, wo die Stellen sonst untergebracht werden sollen. Auch das Reichsinnenministerium scheint Raumschwierigkeiten zu haben. Man hat ursprünglich geglaubt, daß im Laufe dieser Woche die Besprechungen zwischen Preußen und dem Reich zu Ende geführt werden könnten. Die Reise des preußischen Ministerpräsidenten zum Sozialdemokratischen Parteitag nach Kiel hat indessen eine Verzögerung herbeigeführt. Die Aussprache wird jedoch sobald wie möglich wieder fortgeführt werden.

Dr. Luther Nachfolger Dr. Schachts?

Die Diskussion über Dr. Schacht ist durch die bekannten Börsenvorgänge nun einmal in Gang gekommen und wird offenbar nicht sobald wieder verstummen. Man kann von jenen Vorwürfen eines Berliner kommunistischen Blattes ganz absehen, die den Reichsbankpräsidenten veranlaßten, Strafantrag zu stellen. Auch das Geschrei enttäuschter Spekulanten ist von untergeordneter Bedeutung. Viel wichtiger erscheint die Tatsache, daß im Hinblick auf die im Jahre 1928 fällige Neuwahl eines Reichsbankpräsidenten Betrachtungen angestellt werden, aus denen man schließen darf, daß auch in Kreisen, die für diese Wahl maßgebend sind, sehr starke Strömungen gegen Dr. Schacht bestehen, sodaß seine Wiederwahl nicht nur nicht gesichert, sondern äußerst fraglich erscheint. Hieraus ergibt sich ohne weiteres die Frage, wer wohl als Nachfolger auf diesem auch jetzt noch sehr verantwortungsvollen Posten in Frage kommt. In eingeweihten Kreisen spricht man ganz ernsthaft über die Möglichkeit, den Reichskanzler a. D. Dr. Luther auf den Posten des Reichsbankpräsidenten zu berufen. Zur Begründung wird, wie wir einer auf Finanzkreise zurückführenden Information entnehmen, etwa folgendes angeführt:

Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die maßgebenden Bankkreise sich nochmals auf einen Großbankdirektor oder Bankier einigen könnten. Während der Amtszeit Dr. Schachts hat sich auch gezeigt, daß gewisse Sympathien und Antipathien, die immer unter Kollegen, ganz besonders aber bei Großbankdirektoren bestehen, einen Kandidaten aus diesen Kreisen auch dann noch verfolgen, wenn er ein öffentliches Amt übernimmt. Ein Mann, der nicht aus der Sphäre der Bankdirektoren, sondern aus derjenigen der hohen Beamtenschaft käme, und vor allem ein solcher, der schon die höchsten Reichsbehörden geleitet hat, würde zweifellos viel weniger unter derartigen Dingen zu leiden haben. In Finanz-, Wirtschafts- und politischen Kreisen empfindet man es schmerzlich, daß ein Verwaltungsgenie vom Format Dr. Luthers in Deutschland so gut wie brach liegen muß, weil natürlich die Auswahl der Stellen, die ein solcher Mann auch immer nehmen könnte, sehr klein ist. Seine Berufung in den Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft hatte den Zweck, seine Sachkenntnisse dem öffentlichen Dienst nutzbar zu machen. Die bekannten Differenzen zwischen dem Reich und Preußen stehen dem entgegen. Obwohl zugegeben werden muß, daß Dr. Luther als Reichskanzler keine besonders glückliche Hand hatte, weil es ihm nicht gerade liegt, sich mit dem Parlament und den politischen Parteien so zu stellen, daß er ohne Schwierigkeiten arbeiten könnte, so ist auch andererseits unbestritten, daß seine Amtstätigkeit als Reichsfinanzminister einen Höhepunkt der Leistung darstellt, wie er selten zu verzeichnen war. Auch in seiner vorhergehenden Stellung als Oberbürgermeister von Essen hat Dr. Luther sehr Bedeutendes geleistet. Seine Hauptstärke liegt eben auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft und der Finanzpolitik. Er ist kein sturer Theoretiker, sondern ein gewandter und erfahrener Mann der Praxis, ausgestattet mit einem sehr klaren Blick für finanz- und wirtschaftspolitische Zusammenhänge. Sehr zustatten kommt ihm, daß er bei internationalen Verhandlungen, soweit sie nicht rein außenpolitischer Natur waren, eine sehr gute Figur machte und sich besonders in London sofort das Entgegenkommen und Vertrauen der führenden Finanzkreise sicherte.

In den Kreisen, die Dr. Luther als Nachfolger Dr. Schachts wünschen, glaubt man, daß auch die politischen Parteien des Reichstages eine Kandidatur Luther sehr gern sehen und fördern würden, zumal es unerwünscht ist, daß gerade um die Besetzung dieses Postens erneut ein Kampf der politischen Parteien entfacht wird.

Marx über die Zentrumspolitik.

× Bonn, 24. Mai. Reichskanzler Dr. Marx hielt im Bonner Bürgerverein vor der Zentrumspartei eine Rede, der auch große politische Bedeutung zukommt. Für das Zentrum, so führt er aus, gibt es kein Links oder Rechts, für uns gibt es nur die Linie des Zentrums. Es ist nicht unsere Schuld, daß die Sozialdemokraten heute außerhalb der Regierung stehen. Ich selbst bin den sozialdemokratischen Wünschen bezüglich der Heeresreform weiter entgegengekommen als die Sozialdemokraten es erwarteten. Trotzdem hat diese Partei am 1. Dezember vorigen Jahres den Mut gehabt, das Kabinett zu stürzen. Wir haben dann versucht, mit der Rechten die Politik zu machen, die wir für richtig hielten. Manche zweifelten, daß dies möglich sein könnte. Seit mehreren Monaten ist es möglich, und niemand wird auf einen Punkt hinweisen können, der ein Verlassen unserer alten Zentrumsgrundsätze bedeutet. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß wir in der heutigen Regierungskoalition ein gutes Stück weitergekommen sind auf dem Wege unserer Politik. Die Verlängerung des Republikschutzgesetzes ist der beste Beweis für die fortschreitende Einsicht auf Seiten der Rechten in den großen Fragen des Volksstaates. Daß die Reichspolitik so fortgesetzt wird, wie es seit der Regierungsbildung beabsichtigt war, dafür bürge ich mit meiner Person. An dem Tage, an dem im Kabinett etwas geschieht, was gegen den Volksstaat gerichtet ist, erfolgt mein Gang zum Reichspräsidenten mit dem Gesuch um Entlassung aus meinem Amte. Wir setzen auch bei den kommenden Wahlen unsere Politik fort, und sie hat sich als die segensreiche Volkspolitik und als der einzige Weg zur Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes erwiesen.

Heute morgen traf der Reichskanzler zur Besichtigung der internationalen Automobilausstellung in Köln ein, wo er vom Oberbürgermeister Dr. Adenauer und dem Generaldirektor der Kölner Messe, Dr. Esch, empfangen wurde. Heute mittag gab die Stadt Köln zu Ehren des Reichskanzlers ein Frühstück in kleinem Kreise.

Der preußische Kultusminister stattete gestern in Begleitung von Professor Kestenberg der hiesigen staatlichen Pädagogischen Akademie einen Besuch ab, deren Einrichtungen er eingehend besichtigte. Daran schlossen sich Besprechungen mit Studenten und Studierenden. Für Ausgestaltung des Tagesheims der Studenten überwies der Minister Becker 100 Mark, zur Beschaffung fehlender Musikinstrumente 500 Mark.

Eine Tagung der Zentrumsfrauen.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 24. Mai. (Drahtb.)

Der Reichsfrauenbeirat des Zentrums veranstaltete unter starker Beteiligung aus allen Gebieten des Reiches, Preußens sowie der übrigen Länder im Gebäude des Preußischen Landtags eine Versammlung, die unter Leitung der Frau Reichstagsabgeordneten Ministerialrat Helene Weber stand. Die konstituierende Sitzung befaßte sich in der Hauptsache mit der Besprechung neuer Satzungen für den Reichsfrauenbeirat, die mit einigen Aenderungen angenommen wurden. Die Nachmittagssitzung wurde durch ein Referat von Frau Oberregierungsrat Ehlert eingeleitet, die über das Thema sprach: „Die Frau auf dem Arbeitsmarkt". Die Rednerin wies darauf hin, daß seit 1926 eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen sei. Im Falle der Erwerbslosigkeit kehre ein erheblicher Prozentsatz der Frauen als Mütter und Töchter in die Familie zurück, so daß die Frage der Bedürftigkeit bei ihnen zu verneinen sei. Daher erscheine die Zahl der unterstützten Frauen gegenüber der Gesamtzahl der Erwerbslosen verhältnismäßig gering. Mit einer Fülle von statistischem Material legte Frau Ehlert die räumliche, berufliche und altersmäßige Gliederung der gesamten Gruppen der arbeitenden Frauen dar. Dann ging sie über zu dem Unterschied des bisher gehandhabten Erwerbslosenfürsorgesystems und zu der beabsichtigten Regelung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Was die Organisation der Arbeitslosenversicherung angehe, so müsse sie frei von jeder Politik sein, nicht vom Staate, sondern von der Wirtschaft müsse sie getragen werden.

In der Diskussion wies Frau Abgeordnete Teusch auf die politische Arbeit des Reichstages, in erster Linie auf die letzte Regelung der Kleinrentnerfürsorge hin. Im Laufe der Debatte wurde noch die Frage der weiblichen Hausangestellten und der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiterinnen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung besprochen.

Als nächster Referent sprach Ministerialrat Dr. Schäfer über die Strafrechtsreform. Er führte aus, daß der jetzt dem Reichstag vorliegende Entwurf folgende vier Grundgedanken zu verwirklichen sucht: stärkere Betonung der Persönlichkeit des Täters gegenüber der Tat, Erweiterung der Freiheit des richterlichen Ermessens, stärkerer Schutz der Gesellschaft gegen das Gewohnheitsverbrechertum und Maßnahmen der Bewahrung und Sicherung, die in die Hand des Richters gelegt sind: Unterbringung in eine Heil- oder Alkoholentziehungsanstalt, Arbeitshaus oder Schutzaufsicht. Das Strafsystem des Entwurfes sei im wesentlichen dasselbe geblieben wie im geltenden Recht. Prinzipiell sei die Todesstrafe beibehalten worden, allerdings habe der Richter auch bei Mord die Freiheit, unter besonderen Umständen nicht auf die Todesstrafe zu erkennen. Neu sei die Einführung des bedingten Strafaufschubes. Der Entwurf bedeutet einen gewaltigen kulturellen Fortschritt.

Die Diskussion beschäftigte sich noch eingehend mit dem geltenden § 218 des Reichsstrafgesetzbuches, mit den Sittlichkeitsdelikten überhaupt und mit der Todesstrafe. Sehr widerstreitend waren die Meinungen über den zweiten Grundgedanken der Reform, der die Freiheit des richterlichen Ermessens betrifft. Die Versammlung wurde von Frau Ministerialrat Weber mit einem warmen Appell geschlossen, der sich insbesondere an die draußen in Kleinarbeit stehenden Frauen richtet.

Das endgültige Mecklenburger Wahlergebnis.

⊠ Schwerin, 24. Mai. Das endgültige Wahlergebnis der mecklenburgischen Landtagswahlen liegt heute vor. Es zeigt gegenüber dem vorläufigen Gesamtergebnis nur geringe Veränderungen. Der noch gestern strittige 50. Landtagssitz ist der Wirtschaftspartei zugefallen, und die erhöhte Wahlbeteiligung hat einen 51. Sitz notwendig gemacht, der den Kommunisten zugefallen ist.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 21 Sitze, Deutschnationale 11, Deutsche Volkspartei 4, Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung 3, Kommunisten 3, Wirtschaftspartei 6, Demokraten 1, Gruppe für Volkswohlfahrt 2, Nationalsozialisten 0 Sitze. (Gestern war gemeldet worden, daß die Sozialdemokraten 20 und die Wirtschaftspartei fünf Mandate erhalten hätten).

Nochmalige Anrufung des Haager Schiedsgerichts?

◆ Berlin, 24. Mai. Wie der Demokratische Zeitungsdienst erfährt, wird zurzeit im Reichsfinanzministerium erwogen, ob und in welcher Form die deutsche Regierung noch einmal das Haager Auslösungsschiedsgericht für den Dawesvertrag in der Frage der Entschädigung des Reiches an die Reichsangehörigen wegen der Liquidationszahlungen oder Uebertragung der deutschen Rechte und Interessen anrufen soll. Das Haager Schiedsgericht hatte in seinem Spruch vom 29. Januar d. J. entschieden, daß auf die Jahreszahlungen mit anzurechnen wären „die Entschädigungen, die das Deutsche Reich nach dem 1. Sept. 1924 gezahlt hat oder zahlen wird". Es bleibt demnach die Frage offen, ob die deutschen Liquidationszahlungen, die vor dem 1. Sept. 1924, dem Tag der Inkrafttretung des Dawesplans, geleistet sind, angerechnet werden oder nicht, ob also Deutschland aus jener Zeit noch Guthaben hat.

Tagung der Völkerbundsligen.

◆ Berlin, 24. Mai. Der 11. Vollversammlung des Weltverbandes der Völkerbundsgesellschaften, die am Donnerstag feierlich eröffnet werden wird, gingen am Dienstag in den Räumen des Reichswirtschaftsrates Kommissionssitzungen voraus. Die Minderheitenkommission beriet über die Art, wie künftig innerhalb der Weltliegen-Union in Minderheitenfragen vorgegangen werden soll. Es fand eine eingehende Aussprache über die Lage der Bulgaren in der Dobrudscha und der Juden in Rumänien statt. Sodann besprach der Ausschuß die Lage der Deutschen in Südtirol auf Grund der Berichte zweier englischer Delegierter. Der Generalsekretär gab zunächst seiner Befriedigung Ausdruck, daß sich die Italiener diesmal bereit erklärt hätten, zu verhandeln. Er verlas aber auch einen Brief der deutschen Abgeordneten aus Südtirol im römischen Parlament, in welchem sie anzeigten, daß sie nicht an die Sitzungen teilnehmen könnten, da man ihnen die Pässe verweigert habe. Eine Mitteilung, die in der Versammlung lebhafte Bewegung auslöste. Er habe sich mit eigenen Augen von den Leiden der deutschen Südtiroler überzeugt, die in England tiefstes Mitgefühl ausgelöst hätten. Er erwarte, daß der ruhmreiche italienische Staat sich in Zukunft eines größeren Liberalismus gegenüber den deutschen Südtirolern befleißigen werde.

Die holländische Vertreterin Frau Bakker berichtete, daß es den deutschen Eltern in Südtirol verboten werde, ihren Kindern im eigenen Hause in deutscher Sprache Unterricht zu erteilen. (Der italienische Delgierte ruft: Nicht wahr!) Frau Bakker erwiderte, der oberste Beamte der Provinz Bozen habe ihr in einer Unterredung bestätigt, daß der Privatunterricht verboten sei. Der Religionsunterricht habe mit politischen Fragen nichts zu tun. Die Verbannung von Roldin und Riedl sei ohne gerichtliche Urteile als Verwaltungsmaßnahme erfolgt. Hoffentlich folge auf die Begnadigung des einen bald auch die des anderen. Die Rednerin verlangte eine Entschließung und empfahl, die Erörterung auf diesen Punkt zu beschränken, für den die Versammlung zuständig sei.

Der italienische Vertreter gab darauf eine Anzahl von Fehlern der italienischen Verwaltung zu und suchte das italienische Verhalten mit psychologischen Gründen menschen verständlich zu machen.

Deutsches Reich.

Dr. Stresemann fährt doch nach Oslo.

△ Berlin, 24. Mai. Wie den Blättern mitgeteilt wird, wird der Reichsaußenminister vermutlich Ende Juni im Zusammenhang mit dem Nobelpreis in Oslo seinen Vortrag halten.

Die Behandlung von Reichszuschüssen im bayrischen Etat.

△ München, 24. Mai. Im Haushaltsausschuß des Landtages hat heute die bekannte Kontroverse zwischen Dr Heim und dem Landwirtschaftsminister Fehr über die Reichszuschüsse, die das Landwirtschaftsministerium in seinem Etat nicht ausgewiesen haben soll, eine grundsätzliche Aussprache veranlaßt, wobei der Vertreter des Sozialministeriums erklärte daß etwa 3,5 Millionen Mark Reichszuschüsse im Etat seines Ministeriums nicht ausgeführt seien, weil die einzelnen Beträge in fortlaufenden Verhandlungen mit dem Reich erst erhoben werden müßten. Ein sozialdemokratischer Redner bezeichnete es als sonderbar, daß der Landtag erst durch die Angriffe Dr. Heims von diesen Reichsmitteln erfahre. Der Ausschußvorsitzende bemerkte auf eine Aeußerung des Sozialministers Oswald, es sei gleichgültig, ob die bayerische Volksvertretung an der Zweckbestimmung solcher Reichszuschüsse etwas ändern könne oder nicht, auf alle Fälle sollten solche Gelder im Etat erscheinen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Wojwode Dr. Grazynski bei Calonder.

△ Kattowitz, 24. Mai. Der Präsident der gemischten Kommission, Calonder, empfing gestern den schlesischen Wojwoden vermutlich zur Besprechung von Minderheitsschulfragen. Der schweizer Schulpädagoge Maurer gab die Erklärung ab, daß die Prüfungen der für die deutsche Minderheitsschule ausgewählten Kinder baldigst vorgenommen werden. Auch die Vorgänge anläßlich der letzten Gemeinderatswahl in Rybnik sollen zwischen dem Wojwoden und Calonder zur Sprache gekommen sein.

Die Terrorakte gegen die deutsche Minderheit vor dem schlesischen Sejm.

△ Kattowitz, 24. Mai. In der heutigen Sitzung des schlesischen Sejms wurde vom Deutschen Klub ein Antrag eingebracht, in dem es u. a. heißt: In der letzten Zeit kann man in der Wojwodschaft eine Zunahme der Terrorfälle gegen Angehörige der deutschen Minderheit feststellen, insbesondere die Ereignisse in Rybnik erwecken den Anschein, als ob der Kampf gegen die deutsche Minderheit mit allen Mitteln durchgeführt werden soll, auch mit solchen Mitteln, die eines Grenzstaates unwürdig sind. Die amtliche Berichterstattung über diese Vorgänge widerspricht der Wahrheit. Die wahren Urheber dieses Terrors werden nicht zur Verantwortung gezogen und auf diese Weise zur weiteren Banditenarbeit ermuntert.

Ein polnisches Kriegsschiff im Danziger Munitionsbecken.

:: Danzig, 24. Mai. Außer einem heute eingetroffenen polnischen Munitionsdampfer hat das polnische Kriegsfahrzeug „Jascolko" am Munitionsbecken Westerplatte, wahrscheinlich zu Bewachungszwecken festgemacht.

Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes.

△ Genf, 24. Mai. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes trat Dienstag vormittag unter Vorsitz des Delegierten der französischen Regierung, Fontaine, zu einer Sitzung zusammen, die mit der Prüfung des Berichtes des Direktors des Arbeitsamtes, Albert Thomas, begann. Die Arbeiterdelegierten von Großbritannien und Holland traten neuerdings für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ein.

Britischer Nationalfeiertag.

△ London, 24. Mai. Heute wird, wie alljährlich, in allen Teilen des Britischen Reiches der Empire Day gefeiert, bei dem durch Paraden, Versammlungen usw. der britischen Flagge gehuldigt wird. Heute abend wird Premierminister Baldwin von Downingstreet aus eine Botschaft verlesen, die durch Radio verbreitet wird.

Offensive Tschangkaischeks.

△ Schanghai, 24. Mai. Tschangkaischek hat mit beträchtlichem Erfolge einen neuen Vorstoß gegen die nordchinesischen Streitkräfte unternommen. Nach drahtlos eingegangenen Nachrichten haben zwei seiner Divisionen bei Tschinkiang den Yangtse überschritten, ohne besonderen Widerstand zu finden. Die Truppen Suntschuanfangs zogen sich sofort längs des Kaiserkanals zurück.

Neuwahl des chilenischen Präsidenten.

◇ Berlin, 24. Mai. Nichtamtlichen Morgenblätter-Meldungen aus Santiago zufolge siegte bei den gestrigen Präsidentschaftswahlen in Chile General Ibanez mit gewaltiger Majorität.

Der Apparat Rungessers gefunden?

○ London, 24. Mai. Wie „Lloyd" meldet, hat der Dampfer „Oielfield" auf etwa 42 Grad Nordbreite und 33 Grad 39 Minuten westlicher Länge gestern einen Schoner gesichtet, der mit östlichem Kurs lief und ein Flugzeug im Schlepptau hatte. Das Steuer des Flugzeuges trug allem Anschein nach die französischen Farben. Dem Dampfer war es unmöglich, eingehendere Nachrichten zu erhalten, da der Schoner seinen Kurs fortsetzte, ohne auf Blinkzeichen zu antworten.

Pinedo aufgefunden.

△ Newyork, 24. Mai. Der italienische Flieger Pinedo, der mit seinem Flugzeug auf offener See eine Notlandung vornehmen mußte, ist hundertvierzig Meilen vor den Azoren von einem Dampfer lebend aufgefunden und an Bord genommen worden.

*

600 000 Obdachlose am Mississippi.

:k: Newyork, 24. Mai. Hoover erklärte, daß die jüngsten weiteren Dammbrüche, die einen großen Teil der Zuckerplantagen Louisiana überfluten, die Zahl der Obdachlosen auf 600000 erhöhten.

Stadtverordneten-Versammlung

Etatsrede des Oberbürgermeisters. – 3509200 RM. städtischer Etat. – 1021615,10 RM. durch Realsteuern zu deckender Fehlbetrag. – Aufnahme einer Anleihe von 25000 RM. für Feuerwehrzwecke. – Grundstücksfragen.

Gestern nachmittag 6 Uhr fand im kleinen Saal des Schützenhauses im Anschluß an eine geheime Sitzung eine öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums statt, in der unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Schmitz anwesend waren Bürgermeister Brockhoff, Beigeordneter Dr. Kaut, Stadtschöffe Hölscher, Verwaltungsdirektor Wilms als Protokollführer und 29 Stadtverordnete. Die Tagesordnung, deren einzelne Punkte in den Kommissionssitzungen eingehend durchberaten waren, nahm zur Erledigung nicht allzuviel Zeit in Anspruch. Von besonderer Bedeutung war der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927, zu dem Oberbürgermeister Dr. Schmitz längere erläuternde Ausführungen machte, die wir untenstehend veröffentlichen. Abgesehen von einigen Ausführungen des Stadtverordneten Schmitz, der wieder alles Mögliche feststellte, verliefen die Beratungen sachlich und schnell. Es dürfte auch jedem unbefangenen Bürger klar sein, daß Fragen, die in den Besprechungen der Kommissionen nach allen Richtungen behandelt worden sind, keiner langen und breiten Erörterung in der Oeffentlichkeit, bei der doch nichts herauskommen würde, mehr bedürfen. Im Einzelnen wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:

1. **Abnahme der Jahresrechnungen der Stadtkasse und der mit dieser verbundenen Nebenkassen.**

Nach einem Bericht des Stadtverordneten Cohen werden die Rechnungen der Stadtkasse und der mit dieser verbundenen Nebenkassen abgenommen.

1. Rechnung der Stadtkasse:
1924: Einnahme 1 693 581,91 Mk. Ausgabe 1 778 614,24 Mark. Vorschuß 85 032,33 Mk. Resteinnahmen 4718,19 Mark. Ausgaberest 2870,00 Mark.
1925: Einnahme 2 556 335,41 Mk. Ausgabe 2 575 479,42 Mark. Vorschuß 17 144,01 Mk. Einnahmerest 45 111,96 Mark. Ausgaberest 3327,75 Mark.

2. Rechnung der Wohlfahrtskasse:
1924: Einnahme und Ausgabe 518 453,36 Mark.
1925: Einnahme und Ausgabe 700 922,75 Mark.

3. Rechnung der Armen- und Waisenhauskasse:
1924: Einnahme und Ausgabe 81 734,29 Mark.
1925: Einnahme und Ausgabe 133 311,82 Mark. Einnahmerest 136,05 Mark.

4. Rechnung der Langenbergschen Armenfondskasse:
1924: Einnahme 27 103,53 Mk. Ausgabe 27 067,53 Mk. Ausgaberest 36,00 Mk.
1925: Einnahme und Ausgabe 39 766,63 Mark.

5. Rechnung der Kasse der Walderholungsstätte:
1924: Einnahme und Ausgabe 45 546,79 Mark.
1925: Einnahme und Ausgabe 32 259,94 Mark.

6. Rechnung der Volksschulkasse:
1924: Einnahme und Ausgabe 369 085,35 Mark.
1925: Einnahme und Ausgabe 409 292,11 Mark.

7. Rechnung der Berufsschulkasse:
1924: Einnahme und Ausgabe 51 647,99 Mark.
1925: Einnahme und Ausgabe 77 513,75 Mark.

8. Rechnung der Gymnasialkasse:
1924: Einnahme und Ausgabe 121 977,79 Mark. Einnahmerest 195,00 Mark.
1925: Einnahme und Ausgabe 195 773,07 Mark.

9. Rechnung der Friedhofskasse:
1924: Einnahme und Ausgabe 26 421,50 Mark. Einnahmerest 756,00 Mark.
1925: Einnahme und Ausgabe 28 262,58 Mark. Einnahmerest 347,00 Mark.

10. Rechnung der Schlachthofkasse:
1924: Einnahme und Ausgabe 75 346,37 Mark.
1925: Einnahme 85 298,41 Mark. Ausgabe 82 293,77 Mark, Bestand 3004,64 Mark.

11. Kasse der Entwässerungsanlagen:
1924: Einnahme 65 032,47 Mk. Ausgabe 58 281,12 Mark. Bestand 6751,35 Mark.
1925: Einnahme und Ausgabe 113 591,25 Mk. Einnahmerest 7709,78 Mark.

2. **Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927, Festsetzung der Berufsschulbeiträge, Steuerumlagebeschluß.**

Zunächst genehmigt die Versammlung folgende Vorschläge: Die Berufsschulbeiträge für das Rechnungsjahr 1927 werden auf 2,60 Mark für jeden Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) festgesetzt. Der Beitrag soll in drei Teilbeträgen von 1,— Mark und zweimal 0,90 Mark am 15. Juni, am 15. Oktober 1927 und am 15. Januar 1928 erhoben werden.

Von der Einführung einer allgemeinen Wertzuwachssteuer soll für das Rechnungsjahr 1927 abgesehen werden.

Darauf macht Oberbürgermeister Dr. Schmitz folgende Ausführungen zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927:

Wohl kaum haben die Lebensfragen der Städte so im Brennpunkte der öffentlichen Erörterung gestanden wie heute. Man denke nur an die von dem Herrn Reichsfinanzminister noch vor kurzem mit aller Bestimmtheit angekündigte Steuer- und Verwaltungsreform, bei deren endgültiger Regelung in Verbindung mit dem viel behandelten und immer noch in Vorbereitung befindlichen Finanzausgleich das Schicksal der Selbstverwaltung der Städte auf dem Spiele steht. Deshalb muß immer wieder und mit Nachdruck betont werden, daß eine gesunde Selbstverwaltung für die innere und äußere Festigung und den Aufstieg von Reich und Staat unentbehrlich ist. Denn gerade das freie und verantwortungsvolle Schaffen der gesamten Bevölkerung, das eben nur in der Selbstverwaltung der Gemeinden möglich ist, wird auch heute unserem Vaterlande die wertvollen Kräfte zuführen lassen, deren es notwendig bedarf. Darum gilt es, den Gemeinden ihr ausgedehntes Arbeitsmaß zuzumessen, anderseits aber auch ihnen die unversagbare **Freiheit zur Entfaltung** ihrer Kräfte und ihrer Leistungsfähigkeit zu lassen, da ja das der große Segen der Selbstverwaltung vom allgemeinen politischen Standpunkte aus ist, daß hier Vertreter des Volkes nicht Paragraphen machen, aus denen nachher im Leben doch etwas ganz anderes wird, sondern, daß sie im öffentlichen Wesen bei eigener Kenntnis der Verhältnisse und bei unmittelbarer Anschauung der Folgen mit echter Verantwortung mitarbeiten. Vom finanziellen Standpunkte aus macht ja gerade das eigene Abwägen zwischen Einnahmen und Ausgaben letzten Endes die Selbstverwaltung aus. Die Gemeinde muß selbst prüfen können, ob sich eine neue Ausgabe rechtfertigt, wenn dafür eine neue Einnahmequelle erschlossen werden muß. Wenn man die großen Aufgaben und Aufgabengebiete, wie z. B. Fürsorge, Schule, Polizei durchgeht, so findet man, daß, was leider immer noch nicht genügend bekannt ist, nach der nachgewiesenen Feststellung des Deutschen Städtetages heute wenigstens 80 Prozent der ordentlichen Ausgaben im städtischen Haushalt zwangsläufig, d. h. durch Gesetz oder Vertrag aufgebürdet, der selbständigen Entschließung, der Abänderungsmöglichkeit der Städte entzogen ist und daß es sich bei dem Rest zum größten Teil um so dringliche Aufgaben im allgemeinen Interesse handelt, daß sie nicht einfach gestrichen werden können. Vor nicht minder starken gesetzlichen Bindungen stehen wir bei der Beschlußfassung über die Einnahme-Quellen, wie Reichssteuerüberweisungen aus Einkommen-, Umsatz- und Hauszinssteuer, die jeder Einwirkung der Städte entzogen sind. Es muß daher das Ziel bei der kommenden Finanzausgleichs- und Steuergesetzgebung sein: scharfe Abgrenzung des Aufgabenkreises zwischen Reich, Länder und Gemeinden und ferner keine Aufgabenüberweisung an die Gemeinden ohne Bereitstellung einer ausreichenden Deckung, die heute größteneils von den kommunalen Steuern, den Realsteuern zu tragen ist. Bei der Steuerreform hat der Reichsgesetzgeber daher nicht nur die Reichsfinanzen und die Reichssteuern ins Auge zu fassen, es ist vielmehr ganz besonders an die volkswirtschaftlich vielleicht viel störenderen Gemeindesteuern zu denken. Der vom Standpunkte der Wirtschaftspolitik im System liegende Fehler muß beseitigt werden. Ausgaben in solchem Ausmaße wie z. B. beim Schul- und Fürsorgewesen, die von anderer Seite als dem Inhaber der Steuergewalt normiert werden, können unmöglich individuell nach der jeweiligen Steuerkraft gestaltet werden. Solche Ausgaben belasten in ihrer Unbeweglichkeit die Kommunalfinanzen und die Gewerbesteuerpflichtigen unerträglich. Es ist daher ganz selbstverständlich, wenn sich in den Kreisen, insbesondere der Gewerbesteuerpflichtigen, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges eine Erregung auslöste, vor allem dann, wenn die Steuer-Vorausleistungen relativ niedrig gewesen waren und infolgedessen die Nachforderungen sehr hoch wurden, und weil zweitens sich hier die Bestimmungen der Gewerbesteuerverordnung besonders scharf auswirkten, daß Miet-, Pacht- und Schuldenzinsen zum Ertrag im Sinne des Gesetzes hinzugezählt werden müssen. Dieser Steuerdruck war ganz naturgemäß von erhöhter psychologischer Wirkung bei der Beobachtung, daß man das Mehraufkommen an Steuern unter Ueberschreitung des Etats zur Erfüllung erhöhter kommunaler Bedürfnisse verwandte. Wenn wir in Bocholt aber nachweisen können, daß wir den Steuermehreingang durchweg dazu benutzten, um das Heer der Erwerbslosen in der kritischen Zeit mit Arbeit und zwar mit produktiver und solcher Arbeit zu beschäftigen, die zu einer Streckung der Etatsbedürfnisse auf lange Zeit führt, so werden selbst ernsteste Kritiker die Zustimmung dazu nicht versagen können. Wir haben nämlich in den fraglichen Zeiten u. a. notwendige Wege-, Straßen- und Kanalisationsanlagen von vielen Tausend Metern durchgeführt und zwar mit Staatsdarlehn unterstützt als von der Regierung genehmigte Notstandsaktionen, die bis dahin deshalb nie bewilligt wurden, weil es sich um Arbeiten handelte — so hieß es — die als reine Gemeindeaufgaben restlos aus Etatsmitteln zu decken seien. Es sind hierdurch für die Zukunft, zumal diese Arbeiten einen längeren Aufschub kaum ertragen hätten, nicht unerhebliche Etatssummen erspart worden. Ich sehe ganz davon ab, Ihnen vor Augen zu führen, daß der stets mit Recht beklagte Mangel in Bezug auf Kanalisation und Straßen, insbesondere im Siekenhof endlich seine Beseitigung erfahren hat. Wenn man ferner beachtet, daß man sich nach den Ausführungen im Wirtschaftsjahrbuch 1927 für das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet S. 50 in den Kreisen der Steuerträger damit abfand, daß die über den seinerzeitigen Voranschlag hinausgehenden Steueraufkommen durch die inzwischen eingetretenen Ausgabesteigerungen verzehrt wurden und man sich damit zufrieden geben mußte, Gewerbesteuer-Nachumlagen verhütet zu haben und anderseits notorisch eine große Zahl von Industriegemeinden trotz der Mehreinnahmen an Steuern teils mit erheblichen Fehlbeträgen aus dem Vorjahre ins neue Rechnungsjahr hineintreten, so dürfte das doch zur Beruhigung der bisher nicht aufgeklärten Bocholter Steuerzahler beitragen. Außerdem möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß wir im Jahre 1926 im Hinblick auf die schlechte Geschäftslage von der Maßgabe der Steuerstundung im weitesten Sinne Gebrauch gemacht, den Zahlungstermin des dritten Steuer-Quartals im Oktober auf Dezember verschoben und endlich das gesamte 4. Ertragssteuer-Quartal mit seinem Ist-Aufkommen von 160 000 R.-Mk. völlig gestrichen haben. Um auch den Grund- und Lohnsummen-Steuerpflichtigen einen Ausgleich aus dieser Aktion zu ermöglichen, hat man ihrer bei der heute zu beschließenden Steuerumlage besonders gedacht.

Wenn wir uns daneben die Vermögenslage unserer Stadt ansehen, so können wir mit großer Genugtuung feststellen, daß sie heute 1927 trotz Krieg und Inflation wesentlich günstiger ist als 1914.

Wir hatten nämlich
ein Kapital- d. h. Fondsvermögen
1914 von 956 000 Mark; 1927 von 1 320 000 Reichsmark; ebenso hat sich auch das Grundvermögen gegenüber dem Besitzstand 1914 sowohl der Fläche als auch dem Geldwerte nach ganz erheblich vermehrt. Der Wert läßt sich naturgemäß nicht zuverlässig in Ziffern ausdrücken, da dieser folgerichtig je nach der Verkaufsmöglichkeit zu schwanken pflegt.

Die Schulden betrugen:
1914: 2 760 000 Mark; 1927: 1 600 000 Reichsmark.

Greife ich nun über zu dem voraussichtlichen Rechnungsabschluß des Jahres 1926, so ergibt sich außer des völligen Verzichts auf das 4. Ertragssteuer-Quartal 1926 in Höhe von 160 000 Mark das erfreuliche Bild eines Ueberschusses von rd. 270 000 Reichsmark, der als Vortrag für das Jahr 1927 dazu dienen kann, den im Entwurf des Haushaltsplanes 1927 errechneten, durch kommunale Steuern zu deckenden Bedarf von 1 021 615 Mark nicht unerheblich zu mildern.

Im Haushaltsplan einer Stadt erscheint die Verwaltung mit ihren vielseitigen Zweigen und Organen. Jede Position umfaßt verschiedene Vorgänge und äußert sich infolgedessen nur gegenüber dem Kenner. Je klarer der Plan daher gestaltet wird, desto schärfer treten die Verwaltungsvorgänge hervor, für die der Haushalt als Marschplan dient und zugleich den finanziellen Rahmen bietet.

Der neue Haushaltsplan 1927 stellt sich Ihnen in zweifach veränderter und in obiger Hinsicht wesentlich verbesserter Gestalt vor: einmal bezüglich Form und sodann bezüglich des Ansatzes der Zahlen.

Was die Form betrifft, so ist vor allem zu sagen, daß dieser Entwurf keine Haupt- und Nebenkassen wie früher kennt, sondern nur 8 Abschnitte und zwar: 1. Allgemeine Verwaltung, 2. Polizei-, 3. Bau-, 4. Betriebs-, 5. Schul-, 6. Fürsorge-, 7. Finanz- und 8. Außerordentliche Verwaltung.

Der Plan zeigt eine Angliederung an den Frageb gen des Preußischen Statistischen Landesamtes als Unterlage für den endgültigen „Finanzausgleich". Die Ausgaben für die kommunalen Bedürfnisse im Einzelnen sind in die Abschnitte gebracht, wohin sie gehören, so daß jetzt ein genauer Ueberblick geschaffen ist darüber, was der einzelne Abschnitt z. B. Polizei- oder Fürsorgeverwaltung tatsächlich insgesamt kostet.

Mit Rücksicht auf die völlige Umstellung des neuen Etatsmusters ist naturgemäß in diesem Jahre ein Vergleich mit den einzelnen Zahlen des Vorjahres und der Ist-summe nicht immer möglich.

Zur Erleichterung Ihres Verständnisses des materiellen Inhaltes des neuen Haushaltsplanes möchte ich Ihnen zumal Sie alles Zahlmäßige vor sich haben, kurzgedrungen die Ziele, Ergebnisse und Belastungen der einzelnen Abschnitte vortragen.

Insgesamt schließt der Haushaltsplan mit einer **Brutto-Einnahme** und **Ausgabe von 3 509 200 Reichsmark** ab. Der Gesamtfehlbetrag der einzelnen Abschnitte beträgt 1 928 632,59 Reichsmark. Dieser mindert sich vorab durch Einnahmen aus den Reichssteuern, aus indirekten Steuern, Gebühren, Reingewinn der Betriebswerke und aus Einnahmen an Zinsen und Mieten zum Gesamtbetrage von 907 017,45 Reichsmark, so daß der **durch Realsteuern zu deckende Bedarf** sich auf **1 021 615,10 Reichsmark** (1926: 1 027 500 Reichsmark) beläuft.

Wenden wir uns dem 1. Abschnitt **der Allgemeinen Verwaltung** mit einem Bedarf von 219 370 Reichsmark zu, so ist vorab zu sagen, daß der Aufwand aller öffentlichen Verwaltungen nicht erst seit 1914 an steigt; er ist vielmehr im Zusammenhange mit der Entwicklung der Deutschen Volkswirtschaft schon Jahrzehnte vor dem Kriege von Jahr zu Jahr gewachsen. Krieg und Inflation haben ganz naturgemäß diese Aufwärtsbewegung nicht gehemmt, sondern gefördert. **Trotzdem hat sich unser Beamtenbestand im Verhältnis der zugewiesenen Mehraufgaben und der Bevölkerungsbewegung, deren Uebersicht dem Etat im Anhang beigefügt ist, unter dem Stande der Vorkriegszeit gehalten.** Dies konnte dadurch erreicht werden, daß der Abbau im Zuge einer fortlaufend mechanischen und organisatorischen Vereinfachung und Rationalisierung der Verwaltung betrieben wurde; ich denke dabei insbesondere an die Vereinfachung des Bürobetriebes z. B. der Registratur, an die wesentliche Vereinfachung des Kassenwesens durch die Einführung der losen Konten und durch maschinelles Buchungsverfahren usw., welch' letzteres die Regierung bei der jüngsten Revision besonders anerkannt hat.

Der folgende Abschnitt **Polizeiwesen**, schließt mit einem Zuschuß von 179 195 Reichsmark ab. Oeffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung ist eine unerläßliche Voraussetzung für einen ungestörten Vollzug des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft. Daher wurde der im Plan vorgesehene Polizeibeamtenstand von staatswegen auf 37 Beamte erhöht und festgesetzt, die durch wöchentliche Unterrichtskurse laufend fachlich durchgebildet werden.

Auf dem Gebiete des polizeilichen Sanitäts- und Feuerlöschwesens sind wir durch die Beschaffung eines **Motor-Krankenwagens**, sowie eines **automobilen Löschzuges mit Motorspritze** und durch Anlage eines elektrischen Alarmsystems z. Zt. auf das Modernste in dieser Hinsicht versorgt.

Die Bauverwaltung mit einem Zuschußaufwand von 356 845 Reichsmark gegliedert sich in Hoch- und Tiefbau. Im ersteren interessiert insbesondere der **Wohnungsbau.** Der Wohnungsmangel ist eine Hauptursache der sittlichen und sozialen Mißstände, zu deren Bekämpfung die städtische Fürsorge erhebliche Beträge auswerfen muß. Ausreichender neuer Wohnraum kann aber nur durch Neubauten erstehen, deren Mieten für die minderbemittelte Bevölkerung erschwinglich sind. Mit fortschreitender Neubautätigkeit und Annäherung der Mieten der Altwohnungen an den allgemeinen Preisstand werden sich Angebot und Nachfrage allmählich wieder ausgleichen. In dieser Erkenntnis hat die Stadt einmal rd. 1 400 000 Reichsmark zur Finanzierung von Wohnungsbauten, insbesondere auch zur Unterbringung von minderbemittelten, kinderreichen, sowie obdachlosen und räumungspflichtigen Familien herausgegeben, deren Zinsendienst teilweise aus den Ueberschüssen der Sparkasse getragen wird. Sodann hat die Stadt eine Bodenpolitik getrieben, die dem Wohnungsbau zugute kommt. So sind allein im Jahre 1926 35 Bauplätze außer 122 Plätzen für Kriegsbeschädigte, den Bauverein und Notwohnungen aus städtischem Grundbesitz bereit gestellt worden. Außerdem haben wir mit Nachdruck und Erfolg die **Errichtung von Reichs- und Staatswohnungen** für Beamte betrieben. Auf dem Gebiete des Hochbaues verdienen ferner Erwähnung, die **Neubauten der Post, des Gewerbeaufsichts- und Katasteramtes und des neuen Zollamtes** in Barlo, deren Zustandekommen die Stadtverwaltung, ohne irgend einen städtischen Zuschuß leisten zu müssen, durchgesetzt hat. Durch die Errichtung des Zollamtes Barlo wurde im Interesse der Bocholter Verkehrs- und Marktverhältnisse eine neue Durchgangsstraße und Zollstation eröffnet. Mit der Freilegung und Pflasterung des Gasthausplatzes konnte der Markt räumlich wesentlich verbessert werden. Beim Tiefbau sind hervorzuheben die Durchführung von rd. 4100 Meter Kanal in 8 Straßen sowie von rd. 4600 Meter Straßenbauten in verschiedenartiger Ausführung hinsichtlich der Befestigung und Decke außer umfangreichen Reparaturen und Umlegungen von Asphaltstraßen. Nicht unerwähnt darf bleiben die zur Erschließung von Baugelände herbeigeführte Regulierung der Aa im Ueberschwemmungsgebiet in einer Länge von 700 Meter und die Tatsache, daß fast sämtliche angeführten Tiefbauarbeiten als Notstandsaktionen von der Regierung genehmigt und daher in ihrem Kostenaufwand erheblich erleichtert wurden. Auch die Brücke Bismarckstraße fand 1926 ihre Fertigstellung. Die in straßenhygienischer Hinsicht getroffenen Einrichtungen des fast staubfreien Müllsystems und des Motorsprengwagens dürften allgemeinen Beifall gefunden haben. Ein besonderes Wort verdienen Stadtwald und Grünanlagen. Während ersterer ohne Zweifel als eine durch Notstandsarbeiten gut ausgebaute Stätte der Erholung, insbesondere für den Teil der Bürger, die aus der Enge der unzulänglichen Wohnungen nach Licht und Luft verlangen, betrachtet werden kann, soll der Gedanke auf Vervollkommnung von Grünanlagen und Spielplätzen im Kern der Stadt unter Aufwendung geringster Mittel gefördert bleiben. So wird es denn auch gelingen, der sportlichen Jugend ein geeignetes Spiel- und Uebungsfeld hinter dem Lagerhof unweit der Flußbadeanstalt freizumachen, wie ferner die Errichtung einer bedeckten Badeanstalt in ernstlicher Prüfung z. Zt. erwogen wird.

Im engsten Zusammenhang mit dem Tiefbauwesen steht die in Abschnitt 4 zu behandelnde **Friedhofserweiterung**, die unter günstiger Verwendung der bekannten Staatsdarlehn in geschickter Lösung ihrer Vollendung entgegengeht.

Beim Schlachthof wäre die 1926 errichtete mit Lagerräumen für die Innung versehene Häutesalzerei zu nennen, deren Anlagekapital sich durch die erhobenen Gebühren verzinst.

An dieser Stelle sei von den Betriebswerken erwähnt, daß der Einbau von etwa 1500 Wassermessern erfreulicher Weise einmal das Sinken der Abgabeziffer zur Folge hatte und sodann, daß dadurch die Maschinenanlagen des Pumpwerkes z. Zt. noch keiner Erweiterung bedürfen. Die Wirtschaftlichkeit des Gas- und Elektrizitätswerkes konnte erst mit der Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage wieder erreicht werden. Die Gebührensätze für Verbraucher werden im kommenden Jahre aller Voraussicht nach nicht geändert werden brauchen.

Der Abschnitt 5 **Schul- und Bildungswesen** schließt ab mit einem Zuschuß von 530 912 Reichsmark. Die Aufwendungen für das Schulwesen darf man deshalb als wirtschaftlich produktiv bezeichnen, als ein gutes Schulwesen die Voraussetzung der Qualitätsarbeit ist, deren Wirtschaft und Verwaltung bedürfen. Bei 4039 Schulkindern haben wir 91 Lehrstellen, nach welch' letzteren die übrigens erhöhten städtischen Beiträge zur Landesschulkasse berechnet werden, während erstere Zahl für das hereinkommende leider herabgesetzte Beschulungsgeld maßgebend ist. Für die Jahre 1926 und 1927 wurde uns ein Ergänzungszuschuß von je 30 000 Mark von der Regierung zugebilligt. Als Erfolg des Jahres 1926 können wir in diesem Abschnitt die Genehmigung des Staatsministeriums zum Oberlyzeum und zum Vollrealgymnasium buchen. Von den beim Wettbewerb des Gymnasial-Neubaues eingegangenen 122 Entwürfen ist leider keiner zur unmittelbaren Verwendung geeignet. — Die Berufsschulen wurden in ihren Abteilungen den Bedürfnissen der örtlichen Wirtschaft angepaßt und gefördert.

Ich komme nun zu einem der wichtigsten Abschnitte, der **Fürsorgeverwaltung** mit einem Zuschuß von 468 500 Mark. Mit Rücksicht auf die augenblicklich nicht ungünstige wirtschaftliche Lage und den erhöhten Lebensstandard haben wir die Etatsansätze in einigen Posten mindern zu können geglaubt, anderseits aber einige Positionen im Interesse einer nachhaltigen vorbeugenden und Heilfürsorge erhöhen müssen. Gedacht ist hierbei insbesondere an die Unterbringung von Kindern und Erwachsenen in Bädern und Heilanstalten. Das Ergebnis der schulärztlichen Untersuchung zeigt insofern ein erfreuliches Bild, als der gesundheitliche, insbesondere der Nährzustand der Kinder sich gegen früher nicht unwesentlich gebessert hat. Ueber unsere eigenen Wohlfahrtsstätten: Waisenhaus und Walderholungsheim ist nur das eine zu sagen, daß sich die Pfleglinge darin, infolge der aufopferungsvollen Hingabe der barmherzigen Schwestern in geradezu mustergültiger Pflege und Verfassung befinden. — Als Träger des Jugendamtes hat die Stadt den Schutz der Pflegekinder durchzuführen, die Aufgaben der Amtsvormundschaft zu erfüllen, die Schutzaufsicht zu üben und bei der Fürsorgeerziehung mitzuwirken und anderes mehr. — Im Interesse des Jugendherbergswesens ist in dem hinteren Gebäude des Wohlfahrtsamtes eine schlichte, ausreichend ausgestattete Jugendherberge eingerichtet, wie außerdem in diesem Gebäude in allernächster Zeit ein Nähsaal, insbesondere für die Mitglieder der Aussteuerkasse, eine Bastelkammer und ein Webesaal zur Beschäftigung jugendlicher Arbeitsloser ihren Wohlfahrtszwecken übergeben werden. Leider haben wir trotz günstiger Konjunktur immer noch 154 Arbeitslose, meist Jugendliche außer 60 in Oldenburg beschäftigten, die wir zum Teil unter der Obhut des Arbeitsnachweises behalten werden. Nach statistischen Feststellungen werden durch den Geburtenausfall während des Krieges bis zum Jahre 1933 weit über 2 Millionen Jugendliche weniger in das Wirtschaftsleben eintreten, Grund genug, um den Gedanken der Berufsausbildung der Jugend, insbesondere im Sinne der örtlichen Wirtschaftszweige größere Aufmerksamkeit zuzuwenden als bisher. — Alle Fürsorgetätigkeit wird letzten Endes im Interesse des gesamten Volkes und der gesamten Wirtschaft ausgeübt, um das Leben und die Arbeitskraft der Bevölkerung zu erhalten. Folgerichtig geht es nicht an, fast die gesamten Fürsorgelasten den Gemeinden aufzubürden, wie es die Reichsfürsorgeverordnung tut. Es muß daher eine Verteilung dieser Last auf verschiedene Schultern je nach der Quelle, Art und Ursache des Fürsorgebedürfnisses auf gesetzlich zu regelnder Basis erstrebt werden.

Die beiden letzten Abschnitte, **Finanz- und Außerordentliche Verwaltung** führen Ihnen einmal das Vermögen der Stadt, insbesondere die einzelnen Fonds mit Zinserträgen vor Augen und sodann die in der außerordentlichen Verwaltung aufgeführten Geldposten für nicht aus laufenden Etatsmitteln zu deckende Aufgaben, deren Zinsenlast anderseits von den Abschnitten der ordentlichen Verwaltung getragen wird und auch dort in Erscheinung tritt. Im übrigen stellt die außerordentliche Verwaltung

Stadtverordneten Versammlung.

(Fortsetzung.)

lediglich nur eine Verrechnungsstelle über die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen und in dem betreffenden Rechnungsjahre zur Ausführung kommenden Projekte dar.

Am Schlusse meines Jahresberichts möchte ich nicht versäumen, allen Mitarbeitern insbesondere in den einzelnen Kommissionen und vornehmlich allen meinen Beamten verbindlichen Dank und Anerkennung auszusprechen; denn nur durch von kluger Einsicht und gewissenhaftem Schaffenswillen getragenem Diensteifer war es möglich gemacht, die Erfolge der letzten Jahre, die wahrlich bei dem umfangreichen und durchgeführten Aufgabengebiet einen Zeitabschnitt für sich darstellen, zu erreichen.

Nach Festsetzung des Haushaltsplanes mit einer Brutto-Einnahme und Ausgabe von 3 509 200 Reichsmark und eines durch Zuschläge zu deckenden direkten Gemeindesteuerfehlbetrages von 1 021 615,10 Mark habe ich Ihnen folgenden nach Anhörung der zuständigen Berufsvertretungen in der Rechnungskommission beschlossenen Vorschlag zu machen:

Aus dem voraussichtlichen und auf neue Rechnung vorzutragenden Ueberschuß des Jahres 1926 in Höhe von rd. 270 000 Reichsmark sollen vorab 235 615,10 Mark zur Minderung des obigen Steuerfehlbetrages von 1 021 615,10 Reichsmark dienen, so daß ein Umlagebetrag von 786 000 Reichsmark verbleibt. Der Rest aus dem Ueberschuß in Höhe von 34 385 Reichsmark soll einem Steuerausgleichsstock zugeführt werden.

Die prozentuale Umlage des Steuerbedarfs von 786 000 Reichsmark auf die einzelnen Realsteuerarten soll wie folgt geschehen:

1.	180 Prozent zur Grundvermögenssteuer (Grundbetrag 120 000 Mark)	= 216 000 R.-Mk.
2.	550 Prozent zur Gewerbeertragssteuer (Grundbetrag 60 000 Mark)	= 330 000 R.-Mk.
3.	1600 Prozent Gewerbelohnsummensteuer (Grundbetrag 15 000 Mark)	= 240 000 R.-Mk.
		Sa. 786 000 R.-Mk.

Stadtverordneter Jakob stellt den Antrag, ohne Diskussion über den in den Kommissionen eingehend beratenen Haushaltsplan und Steuerumlagebeschluß abzustimmen.

Stadtverordneter Schmitz wünscht nochmalige Durchberatung der einzelnen Punkte, worauf er vom Stadtverordneten Krüger auf die eigenartige Auffassung seines Amtes als Stadtverordneter aufmerksam gemacht wird und eine gründliche Abfuhr erfährt.

Darauf wird der Etat nach dem Vorschlage der Verwaltung und der zuständigen Kommissionen angenommen.

3. Aufnahme eines Darlehns für Feuerwehrzwecke.

Die Aufnahme eines Darlehns im Betrag von 25 000 Mark zum Zinssatze von 4 Prozent, zurückzahlbar in 5 Jahren, von der Westfälischen Provinzial-Feuersozietät zum Zwecke der Verbesserung des Feuerlöschwesens wird genehmigt.

4. Ankauf und Verkauf von Grundstücken, Verträge betr. Geländeabtretung.

Die Versammlung genehmigte den Ankauf eines Grundstücks von dem Landwirt Bernhard Schwanekamp, Hochfeldstraße, in Größe von 9,69 ar zum Preise von 6 Mark pro Quadratrute. Ferner den Verkauf von Grundstücken an der Ritterstraße an die Geschwister Konstantin, Maria und Fritz Terstegge sowie an den Buchhalter Franz Tacke zum Preise von 100 Mark pro Quadratrute. — Die Verträge betr. Abtretung von Gelände zur Gothenstraße werden angenommen. Es handelt sich um eine Reihe kleinerer Abschlüsse.

5. Gestattung von Umbauten über die Fluchtlinie.

Dem Bernhard Westhues wird ein Umbau über die Fluchtlinie an seinem Hause Nobelstraße 46, gestattet unter der Bedingung, daß er das in die Straßenfluchtlinie fallende Gelände kosten- und lastenfrei an die Stadt abtritt. — Dem Kaufmann Wilhelm Wyen wird im Falle der Freilegung des Straßengeländes an seinem Hause Ecke Nobelstraße — Navardistraße eine Entschädigung von 150 Mk. pro Quadratrute gewährt.

Damit war die Tagesordnung erledigt, worauf die Sitzung um 7 Uhr geschlossen wurde.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 25. Mai 1927.

21. Volkswirtschaftlicher und staatsbürgerlicher Kursus des Volksvereins in Paderborn.

Allgemein ist die Klage, daß es überaus schwer hält, Nachfolger der alten ehrenamtlich tätigen mittleren und kleinen Führer des Volkes zu finden.

Zurzeit sind unter den Katholiken die Kurse des Volksvereins die einzige Bildungseinrichtung für die Mitglieder aller Berufsstände zur Weckung und Pflege des Nachwuchses an solchen mittleren und kleinen Führern. Ihre Aufgabe ist die Bildung und Schulung katholischer Männer und Jungmänner zu mittleren und kleinen Führern des Volkes im sozialen und kulturellen Volksgemeinschaftsleben. Vor allem von solchen Führern, die in ihrem Berufsstande und Heimatkreise bodenständig sind, somit als ehrenamtliche Führer mit ihrer Gefolgschaft dauernd verwachsen können.

Darum ladet der Volksverein alle, die Beruf und Fähigkeit zu solcher Führerarbeit haben, zur Teilnahme am 21. Volkswirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Kursus ein. Er bittet alle, die im Gemeinschaftsleben der deutschen Katholiken an verantwortlicher Stelle stehen, geeignete Männer und Jungmänner zur Teilnahme an diesem Kursus aufzumuntern, nötigenfalls ihnen aus Mitteln der Gemeinschaft die Kosten des Besuches jenes Kursus zu ersetzen. Denn die Bildung und Schulung des Nachwuchses an Führern des Volkes ist katholische Gemeinschaftsaufgabe.

Behandelt werden in etwa 40—50 Vorträgen die wichtigsten Lebensfragen der Gegenwart aus Wirtschaft und Kultur.

Der Kursus jedoch ist keine populärwissenschaftliche Vortragsreihe. Er ist vielmehr eine Bildungs-Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder in sich den Menschen bilden und erziehen wollen und zwar durch das Gemeinschaftsleben untereinander und mit den Lehrern. Die Teilnehmer wohnen und essen gemeinsam in dem Kursusheime „Franz-Hitze-Haus" zu Paderborn, das vor den Toren der Stadt inmitten eines Parkes liegt; in den freien Stunden pflegen sie im freundschaftlichen Verkehre den Gedankenaustausch und die Erholung. Die Mitglieder wahren gemeinsam das Ehrengesetz ihrer Bildungs-Arbeitsgemeinschaft.

Die Teilnehmer, welche nur für den ganzen Kursus angenommen werden, zahlen für Unterkunft und Verpflegung den Tagessatz von Mark 4,—. Sonstige Gebühren werden nicht erhoben.

Anmeldungen sind spätestens bis zum 20. Juni zu richten an das Volksvereinshaus (Kursusleitung) in M.-Gladbach, Sandstraße 5—11. Denselben ist ein Lebenslauf und eine Empfehlung beizufügen.

* * *

a. **Fahrplanänderung.** Von Montag, den 30. Mai ab verkehrt der Arbeiterzug 1 zwischen Bocholt und Rhede für Bocholt 4 Minuten früher und fährt dann ab Bocholt 18,34 Uhr, an Rhede 18,46 Uhr.

z. **Evangelischer Arbeiterverein.** Der evangelische Arbeiterverein, der Jugendverein und der Posaunenchor unternehmen am Donnerstag (Christi Himmelfahrt) einen Ausflug nach Isselburg zwecks Teilnahme an dem 39. Stiftungsfest des dortigen evangelischen Arbeitervereins. Abfahrt 1,04 Uhr. Rückkehr um 9,29 Uhr.

n. **Vom Brieftaubensport.** Am vergangenen Sonntag fand der für diese Jahreszeit sonntagsübliche Preisflug statt und zwar diesmal ab Gardelegen mit einer Entfernung von 325 Klm. Dazu stellten die vereinigten Organisationen Bocholt, Borken und Rhede zusammen etwa 1000 Tauben. Aufstieg punkt 6 Uhr früh. Wetter und Wind äußerst ungünstig. Doch langte die 1. Taube der Reisevereinigung Borken in Deding (das hier angeschlossen ist!) um 12 Uhr 55 Minuten 49 Sekunden an. Bocholt meldete die 1. Fliegerin mit 1,14 Uhr. Die vorhandenen 200 Preise waren in zwei Stunden vergriffen. Nächster Weitflug ab Stendal.

* * *

m. **Holtwick, 24. Mai. Meisterprüfung.** Der Schreinergeselle Anton Vollmering von hier bestand am Montag vor der Handwerkskammer zu Münster seine Meisterprüfung mit dem Prädikate gut. Seine Ausbildung erhielt er in Abendkursen an der Berufsschule zu Bocholt. Dem jungen Meister unsern herzlichen Glückwunsch!

z. **Mussum, 25. Mai. Schützenfest.** Am Montag und Dienstag feierte der Schützenverein Mussum in der „Mussumer Mühle" sein diesjähriges Schützenfest. Wenn auch das Wetter der Veranstaltung nicht allzu günstig war und mancher Regenschauer niederging, so nahm die Feier doch in allen Teilen einen schönen Verlauf. Bei dem Königsschießen am Montag vormittag errang die Königswürde Herr Gerhard Rottstegge, der sich Fräulein Therese Schmeink zur Königin erkor. Als Zeremonienmeister fungierte Herr Dr. Großhardt, als Innenminister Herr Bernhard Wollbring, als Außenminister Herr Franz Engel, als Minister für Landwirtschaft Herr August Wollbring und als Oberhofjäger Herr Hermann Boland. Abends vereinigte der Krönungsball die Mitglieder und Gäste zu einer gemütlichen Feier. Auch der gestrige zweite Festtag endete mit einem Tanzkränzchen, das überaus schön und harmonisch verlief.

z. **Rhede, 24. Mai. Der örtliche Arbeitsmarkt.** Das Amt Rhede hatte bei einer Einwohnerzahl von 6372 im Monat April 2 Vollerwerbslose und 5 Zuschlagsempfänger. Die Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger betrug mithin 7 gegenüber 33 im Monat März.

a. **Borken, 25. Mai. Viehmarkt.** Auf dem gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben 230 Pferde und Fohlen, 78 Stück Rindvieh und 1064 Schweine. Pferde 1. Sorte standen zu 750—950 R.-Mk., 2. Sorte zu 650—700 R.-Mk. im Preise; 2½ jährige Tiere kosteten 500—750 R.-Mk., 1 jährige 300—500 R.-Mk. Beste Kühe kosteten 450—550 R.-Mk., 2. Sorte 300—350 R.-Mk. Für Ferkel wurden pro Alterswoche 2,50—3,00 R.-Mk., für Läuferschweine 35—50 Reichsmark bezahlt. Nächster Vieh- und Krammarkt am 23. Juni.

* **Borken, 24. Mai. Verein der Warmblutzüchter des Kreises Borken.** Ein erfreuliches Bild unserer Warmblutzucht zeigten die am 20. und 21. Mai im Kreise Borken abgehaltenen Stutenkörungen. Von den vorgeführten Warmblutstuten wurden insgesamt 8 in das Hauptstammbuch und 18 in das Stammbuch A eingetragen. Davon entfallen allein auf den hiesigen Bezirk 5 Stuten für das Hauptstammbuch und 7 für Stammbuch A. Prämiiert wurden hier außerdem 4 Saugfohlen und 2 Jährlinge. Gewiß ein gutes Zeichen für den Fortschritt und das wachsende Interesse an der Warmblutzucht im Bezirk Borken. — In Holthausen wurden eingetragen 1 Stute in das Hauptstammbuch und 4 in das Stammbuch A, in Bocholt 1 Stute in das Hauptstammbuch und 5 in das Stammbuch A, in Groß-Reken 1 Stute in das Hauptstammbuch und 2 in Stammbuch A. Prämiiert wurden in Holthausen 3 Saugfohlen, 1 Jährling und 1 zweijährige Stute, in Bocholt 1 Saugfohlen, in Reken 1 Saugfohlen und 1 Jährling.

* **Borken, 24. Mai. Kaltblutzucht im Kreise Borken.** Von den bei den Stutenkörungen im Kreise Borken am 20. und 21. Mai vorgeführten Kaltblutstuten wurden insgesamt 5 Stuten in das Hauptstammbuch und 21 in das Stammbuch A eingetragen. Außerdem wurden prämiiert 11 Saugfohlen, 3 Jährlinge, 4 zweijährige und 1 vierjährige Stute.

Vom Niederrhein.

—t. **Isselburg, 24. Mai. Unfall.** Bei dem Turnfest am vergangenen Sonntag stürzte ein auswärtiger Turner bei den Uebungen am Reck ab und schlug mit dem Kopf auf einem Gegenstand auf. Er wurde sofort zum Krankenhause gebracht und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **Turnverein Bocholt 1867. — Götzwandertag der Deutschen Turnerschaft.** Wie schon vor einiger Zeit an dieser Stelle bekanntgegeben, findet am morgigen Donnerstag (Christi Himmelfahrt) der Ausflug des T. V. nach Montverland in Holland statt. Die Teilnehmer fahren morgens 7,06 Uhr per Bahn bis Emmerich. Von Emmerich aus übernehmen wegekundige Turnkollegen aus Elten die Führung bis Montverland. Der Weg führt durch herrliche Waldungen, so daß der Tag den Teilnehmern genußreiche und frohe Stunden bringen wird. Näheres über diesen Ausflug durch Anzeige in der heutigen Zeitung.

:: **Bocholter Fußballklub 1900.** Am morgigen Donnerstag (Himmelfahrtstag) spielt die 2. Mannschaft gegen die gleiche des Sportvereins Duisburg-Düssern. Diese Mannschaft, deren Spieler alle bei der Firma Karstadt, Abtlg. Düssern, beschäftigt sind, macht einen Ausflug nach Bocholt und will diesen nicht vorübergehen lassen, ohne auch ein Fußballwettspiel ausgetragen zu haben. Der Sportverein Düssern ist zur 2. Bezirksliga aufgestiegen, weist daher eine gute Spielstärke auf. Beginn des Spieles um 2 Uhr. — Die 1. Mannschaft des Vereins spielt ein Freundschaftsspiel gegen die 1. Mannschaft des befreundeten Rheder Vereins. Rhede hat im Sturm Verstärkung erhalten und wird der 1900-Hintermannschaft viel zu schaffen machen. Auf jeden Fall werden faire Spiele ausgetragen werden, denn es soll Sport betrieben und nicht nur auf Sieg gespielt werden. Wenn auch die 1900-Mannschaft die letzten Gesellschaftsspiele verloren hat, so schadet das nichts, denn gegen Gegner aus der 1. Bezirksliga können die 1900 er doch nicht bestehen, wenn auch anerkannt werden muß, daß sie in den letzten Spielen viel gelernt haben. Sportsmann sein, heißt in Ehren und Anstand verlieren.

:: **Spielverein Biemenhorst.** Der S. V. Biemenhorst beging am vergangenen Samstag und Sonntag sein erstes Stiftungsfest, verbunden mit Platzeinweihe. Das Fest, das in wochenlanger Arbeit gut vorbereitet war, litt unter dem ungewöhnlich schlechten Wetter sehr. Auch kamen die vorgeführten Spiele nicht voll zur Geltung, da die vielen Regenschauer das Spielfeld in einen immer schlechteren Zustand setzten. Das Fest nahm in allen Teilen einen harmonischen Verlauf. Ein flotter Festball bildete an beiden Tagen den Abschluß. Die Platzeinweihung am Sonntag vollzog in Vertretung des verhinderten Gau-Obmannes der Vorsitzende des F. C. Olympia Herr Kampshoff. Er begrüßte den jungen Verein zu seinem Feste und ermahnte ihn, den nun einmal beschrittenen Weg energisch fortzusetzen. Sowohl der Vorstand sowie auch jedes einzelne Mitglied müßten im gegenseitigen Vertrauen weiter Hand in Hand arbeiten, das gesteckte Ziel zu erreichen. Nachdem er dann noch darauf hinwies, sich im besonderen der Jugend anzunehmen, übergab er den Platz seiner Bestimmung. Die ausgetragenen Propagandaspiele zeigten folgende Ergebnisse: „Rasensport" Hamminkeln 1. Mannsch. — S. V. Biemenhorst 1. Mannsch. 3:1. Turn- und Spielverein Rhede 2. M. — S. V. Biemenhorst 2. M. 4:0. F. C. „Olympia" Bocholt 2. M. — S. V. Biemenhorst 1. M. 4:1. Turn- und Spielverein Rhede 1. M. — F. C. 1900 2. M. 1:0. 1. Jugend „Olympia" Bocholt — 1. Jugend „Westfalia" Anholt 3:0. — Den mitwirkenden Mannschaften, die ihr Können in so uneigennütziger Weise in den Dienst der guten Sache gestellt haben, gebührt auch an dieser Stelle herzlicher Dank.

Deutsche DJK Jugendkraft

:: **Ginderich 2. — Ringenberg 1. 1:2 (0:1).** Am vergangenen Sonntag war die Ringenberger 1. Mannschaft mit dem Wagen nach Ginderich gefahren, um gegen die dortige 2. Mannschaft ein Freundschaftsspiel auszutragen. Da die Zeit zu knapp wurde, beschloß man, nur eine Stunde zu spielen. Ginderich hat Anstoß, zieht gut vor, jedoch der Ball prallt bei der Verteidigung ab. Die Ringenberger können keine guten Schüsse herausbringen, da der Platz zu kurz und zu schmal ist und der Ball dauernd in's Aus geht. Schließlich geht Ringenberg in Front und kann durch Halblinks die Führung übernehmen. Mit einem 1:0 gehts in die Halbzeit. Nach Halbzeit belagert der Gast noch verschiedene Male das Tor des Gegners. Nach 10 Minuten sendet Ringenbergs Linksaußen den 2. Treffer ein. Kurz vor Schluß gelingt es den Genderichern, das Ehrentor zu erzielen. — **Menzelen 1. Jugend — Ringenberg 1. Jugend 1:2 (0:2).** Trotz der schlechten Witterung war Ringenbergs Jugend am Sonntag nach Menzelen gefahren. Das Spiel mußte, da der Platzverein nicht pünktlich zur Stelle war, um 20 Min. verkürzt werden. Die Ringenberger konnten durch ein gutes Zusammenspiel vor Halbzeit 2 Tore für sich buchen. Halbzeit 2:0 für Ringenberg. Nach Halbzeit findet der Gast sich nicht mehr zurecht und kann kein weiteres Tor erzielen. Auch hier gelang dem Platzverein kurz vor Schluß das Ehrentor. Ergebnis 2:1 für Ringenberg. „Jugendkraft Heil!"



Anzeigen
für die
Feiertags-Nr.
können nur bis
heute mittag 12 Uhr
angenommen werden.

Eingesandt.

Ein „Taktvolles" Eingesandt zu beantworten, ist schwer und zwar sehr schwer, wenn man keine Ausdrücke gebrauchen will, wie „dämliche Dämlichkeiten" und sich weiter nicht dazu entschließen kann, unsere Bocholter Damenwelt indirekt mit Zuchthäuslern auf eine Stufe zu stellen. Wenn man kein ausgesprochener Bubenkopfgegner ist und nicht bewußt eine Unwahrheit aussprechen will, kann man mit ruhigem Gewissen folgende Behauptung aufstellen:

Statt, daß eine sehr große Zahl Damen in ihren Kämmerlein sitzen und ihre schönen Zöpfe beweinen (es gibt auch Damen, welche keine schönen Zöpfe haben) ist es eine Tatsache, daß nicht einmal 2 Prozent der kurz geschnittenen Bubenköpfe ihre verlorenen Zöpfe beweinen. Eine Rundfrage würde den schlecht orientierten Einsender davon überzeugen.

Unsere Damen brauchen sich übrigens nicht zu ängstigen, denn, meine Damen, eine Zuchthäuslerin bekommt das Haar wohl abgeschnitten, aber gewiß ohne Ondulation oder Wasserwellen. Auch kennt man dort kein Pizavon oder Birkenwasser.

Daß unsere Friseure den Bubenkopf propagieren, dürfte wohl recht selbstverständlich sein. Nehmen wir an, daß der Bubenkopffeind Haarnadelfabrikant ist, würde er nicht dieselbe Propaganda für historische Haarfrisuren betreiben? oder ist es nicht ebenso selbstverständlich, daß trotzdem unsere Damen früher wollene Strümpfe, zwei rechts, zwei links gestrickte, getragen haben, eine Firma wie Bemberg momentan eine große Propaganda für ihre wirklich hervorragenden Seidenstrümpfe führt?

Man kann mit Sicherheit sagen, daß eine respektable Dame ebenso respektabel bleibt, wenn sie einen Bubenkopf trägt.

Im Uebrigen finde ich, daß man, wenn man für eine scheinbar gute Sache kämpft, seinen Namen mit Ruhe veröffentlichen kann, erst recht, wenn es sich, wie es hier der Fall ist, um eine ehrliche und jedenfalls gut gemeinte Sache handelt. Ich will es gern wagen!

M. L. Dias.

Gottesdienst-Ordnung.

Donnerstag, den 26. Mai 1927 (Christi Himmelfahrt).

St. Georg. 6, 7, 8 und 9 Uhr hl. Messen. 10 Uhr Prozession um die Kirche, danach Hochamt. 2 Uhr Festandacht. 7 Uhr Maiandacht. — Das Marien-Lyzeum hat um 8 Uhr gem. hl. Kommunion. In den Bauerschaften ist Christenlehre, in Hamden in Schule 9.

Liebfrauen. Lesemessen sind: 6.30, 7.15, 8.15 und 9 Uhr. 10 Uhr ist Prozession mit dem hhl. Sakrament um die Kirche; darauf feierliches Hochamt. 2.30 Uhr Andacht vom Feste. — An den neun Tagen vor Pfingsten wird täglich eine Andacht zu Gott dem hl. Geiste gehalten während der Schulmesse (am Sonntag, den 29. Mai bei der Andacht). Diese Andacht beginnt am Tage nach Christi Himmelfahrt.

St. Joseph. 6, 7, 8 und 9 Uhr hl. Messen. 10 Uhr Hochamt. 2 Uhr Maiandacht. In der Bauerschaft ist Christenlehre. 8 Uhr gem. hl. Kommunion der Knaben aus der Schule 2; Mittwoch 11,45 Uhr Vorbereitung.

St. Agnes-Hospital. 7 Uhr hl. Messe. 5,30 Uhr Maiandacht.

St. Agnes. (Gymnasium.) 8,30 Uhr Hochamt.

St. Klara. 7 Uhr hl. Messe. 6 Uhr Fest- und Maiandacht.

Kapuzinerkloster. 6, 6.30 und 7 Uhr hl. Messen. 8 Uhr Hochamt. 2,30 Uhr Maiandacht.

Spork. 7 Uhr Frühmesse und Ansprache. 9,30 Uhr feierliches Hochamt. 2,30 Uhr Maiandacht.

Werth. 9,45 Uhr Umgang mit dem Allerheiligsten. 10 Uhr Hochamt. 2,30 Uhr Andacht.

Dingden. 6,30 Uhr 1. hl. Messe und gem. hl. Kommunion der Kinder vom Jahre 1924, welche die Bauerschaftsschulen besuchen. 8 Uhr 2. hl. Messe. 9 Uhr hl. Messe und Predigt in der Kapelle zu Nordbrock. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 2,30 Uhr Andacht.

Barlo. Erstkommunion der Kinder. 6¼ Uhr feierliche Abholung der Kinder von der Schule am Kreuzberg. 6,30 Uhr Erneuerung der Taufgelübde und Ansprache. 7 Uhr hl. Messe mit Erstkommunion. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 3 Uhr Festandacht und Aufnahme der Erstkommunikanten in die Skapulier-Bruderschaft. — Freitag 7¼ Uhr hl. Messe mit Kommunion der Kinder zum Troste der armen Seelen. — Ein Pater ist zur Aushilfe hier

Evangelischer Gottesdienst.

Bocholt. 8,30 Uhr Kindergottesdienst. 9,30 Uhr Taufen. 10 Uhr Gottesdienst.

Verantwortlich für den Gesamtteil: für Politik Chefredakteur Dr. Mayer für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun für Feuilleton Josef Horn, für Handel Dr. iur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münster and Alfons van Beyern Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Zacher und Dr. Häfner Berlin SW, 11. für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibora, Münster Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. H. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Kempkes, Bocholt

Endlich kommt Ozonil



das vollendete selbsttätige Waschmittel, einfach im Gebrauch, liefert schneeweiße Wäsche und ist vollkommen unschädlich. Ein Versuch überzeugt!

Alleinige Hersteller:
Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver, Düsseldorf